

TO:

COMPANY:

Eingang

24. JAN. 2017

Rechtsanwalt Michael Borschel
65549 Limburg



OMBUDSMANN
für Versicherungen

Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin

Prof. Dr. Günter Hirsch
Der Ombudsmann

Herrn

Versicherungsombudsmann e. V.
Postfach 080632, 10006 Berlin
Leipziger Straße 121, 10117 Berlin
Telefon: 0800 3696000
Telefax: 0800 3699000

www.versicherungsombudsmann.de
beschwerde@versicherungsombudsmann.de

Aktenzeichen
06280/2016-M

Diktatzeichen
Mhe

Datum
30.06.2016

Entscheidung zu Ihrer Beschwerde vom 07.05.2016 gegen die ADVOCARD Rechtsschutzversicherung AG

Sehr geehrter Herr

Sie haben sich an mich gewandt, weil die ADVOCARD Rechtsschutzversicherung AG (ADVOCARD) im Hinblick auf die Regelung in § 5 Absatz 3 h) der Versicherungsbedingungen (ARB 2013) die auf die Punkte Arbeitszeugnis und Freistellungsanspruch entfallenden Gebühren Ihres Rechtsanwalts nicht übernommen hat. Nach Prüfung der Beschwerde bin ich jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass die Entscheidung des Versicherers nicht zu beanstanden ist.

Bei der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses werden regelmäßig mannigfaltige Ansprüche und Rechte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt, um das Arbeitsverhältnis zu „bereinigen“. Allerdings setzt die Kostenübernahme seitens einer Rechtsschutzversicherung grundsätzlich einen Rechtsschutzfall (darunter versteht man für den Regelfall einen zumindest behaupteten Rechtsverstoß) voraus. Gibt es mehrere Streitpunkte, ist der Rechtsschutzfall regelmäßig im Hinblick auf jeden Streitpunkt gesondert zu beurteilen. Deshalb war lange unklar, ob ein Rechtsschutzversicherer auch ohne einen Rechtsschutzfall die Kosten für Gegenstände zu übernehmen hat, die im Rahmen einer Auflösungsvereinbarung mitvergeben werden. Diese Frage hat der Bundesgerichtshof dahingehend geklärt, dass der Versicherer grundsätzlich leistungspflichtig ist, wenn die mitgeregelten Punkte rechtlich mit dem Ausgangsrechtsstreit zusammenhängen (Urteil vom 14. September 2005, Aktenzeichen IV ZR 145/04, zu finden unter dejure.org).

Im Hinblick auf dieses Urteil haben einige Rechtsschutzversicherer ihre ARB abgeändert. So erklärt sich die Regelung in § 5 Absatz 3 h) ARB 2013. Danach trägt der Versicherer nicht

„Kosten im Rahmen einer einverständlichen Regelung für Forderungen, die selbst nicht streitig waren (...)“.

Durch solche Regelungen, die gerichtlich weitgehend unbeanstandet geblieben sind (z. B. Amtsgericht [AG] Aachen, Urteil vom 6. Juni 2014, Aktenzeichen 100 C 196/13; AG Düsseldorf, Urteil vom 8. November 2010, Aktenzeichen 51 C 11179/10, zu finden unter dejure.org) beziehungsweise ausdrücklich als wirksam erachtet wurden (AG Hamburg-Barmbek, Urteil vom 21. Mai 2012, Aktenzeichen 812 C 9/12; AG Viersen, Urteil vom 22. November 2011, Aktenzeichen 2 C 13/11; anderer Auffassung ist das AG Kassel, Urteil abgedruckt in der Zeitschrift NJW-RR 2015, 1130), ist das oben zitierte Urteil des Bundesgerichtshofs nicht mehr einschlägig. Es muss nun für jeden dem Streitwert zugeschlagenen Punkt tatsächlich Streit zwischen den Parteien bestanden haben. Nach Aktenlage war dies jedoch im Hinblick auf die Punkte Arbeitszeugnis und Freistellungsanspruch nicht der Fall. Dass die ADVOCARD nicht alle Kosten übernimmt, kann ich daher rechtlich nicht beanstanden. Ich bedauere, dass ich Ihnen nichts Erfreulicheres mitteilen kann.

Die ADVOCARD erhält gleichzeitig eine Kopie dieses Schreibens zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.
Referent

i. A.
Referent